TOP SECRET
Public

DIE ANSTALT

Faktencheck!

„SOKO Ampel“
vom 10. Dezember 2024.

Mit Max Uthoff,
Claus von Wagner,
Anna Schäfer und
Michael Altinger.

Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 10. Dezember 2024

(Stand: 11.12.24 15:02 Uhr)

„Am Tatort“ _____ 3
„Hannibal Habeck“ _____ 4
„Solo Michael Altinger“ _____ 12
„Kreuzverhör Lindner“ _____ 12
„Springer Tafel“ _____ 24
„Kreuzverhör von Scholz und Habeck“ _____ 25
„Merkels Signierstunde“ _____ 36
Impressum _____ 36

Stimmt das denn wirklich, was diese größenwahnsinnigen Besetzer da in der Anstalt verzapfen? Das fragen immer wieder viele verunsicherte Zuschauer. Müssen wir womöglich unser Weltbild nachbessern – und wie sollen wir uns das eigentlich leisten? Die Anstaltsleitung teilt Ihnen mit: Zur Beruhigung besteht keinerlei Anlass, es ist alles genau so gemeint, wie es nicht gesagt wurde. Wenn Sie das nicht glauben können, überzeugen Sie sich selbst bei folgenden anderen Quellen, von denen wir uns alle gleichermaßen distanzieren. Wir sind ja schließlich nicht wahnsinnig…

Nach oben

„Am Tatort“

Sie tun ja grad so, als wäre Deutschland tot. (…) Ist es ja auch fast. Das ist auf jeden Fall schon ganz blau angelaufen. (…) Ja, gut, zu hohe AfD-Werte und BSW hat es auch.

Link: Bild

Link: Wahlumfrage zur Bundestagswahl

Link: Wahlumfrage Sachsen

Link: Wahlumfrage Brandenburg

Link: Wahlumfrage Thüringen

Schlagzeilen: **„Eigenheimverbot“, „Fleischverbot“, „Benzinverbot“, „Dackelverbot“**

Link: Bild

Link: Bild

Link: Bild

Den gleichen Tathergang hatten wir auch 1966 und 82. Wirtschaft abgestürzt, Regierung geplatzt, wer wars? Die FDP.

FDP-Minister kippen Schwarz-Gelb

Helmut Schmidt, der stellvertretende SPD-Fraktionschef, warnt: "*Wir haben eine Bergbaukrise, die bis heute nicht bewältigt ist. Ihre Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft und auf die innenpolitische Lage in bestimmten Teilen unseres Landes werden von Monat zu Monat bedenklicher.*" Die Krise nützt der SPD. Im Juli 1966 gewinnt sie mit fast 50 Prozent der Stimmen die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und löst dort die CDU ab. Kanzler Erhard ist angezählt, und die FDP wird nervös. Die Liberalen wollen weder an der Fünf-Prozent-Marke scheitern, noch mit der CDU aus der Regierung fliegen.

Als Sollbruchstelle bietet sich den Liberalen der Streit um den Haushalt an. Für 1967 fehlen mehrere Milliarden Mark. Erhard denkt an Steuererhöhungen, die FDP hingegen lehnt sie ab. Zehn Stunden lang streitet sich am 26. Oktober 1966 das Bundeskabinett. Am Ende steht ein einstimmiger Beschluss: Als letzter Ausweg sollen auch Steuererhöhungen möglich sein. Die Entscheidung fällt einstimmig, drei der vier FDP-Minister sitzen mit am Tisch. Doch die Resonanz ist verheerend. "*FDP fiel wieder um*",

Nach oben

titelt die "Bild"-Zeitung am nächsten Tag. Entwicklungsminister Walter Scheel (FDP) kommt empört von einer Dienstreise zurück. Er hätte dem Kompromiss nie zugestimmt, sagt er. Scheel tritt zurück und zieht die anderen mit sich: Am 27. Oktober 1966 legen alle vier FDP-Minister ihr Amt nieder. Die schwarz-gelbe Koalition platzt.

Link: WDR

Die sozialliberale Koalition unter Schmidt zerbricht endgültig erst 1982

Die Gemeinsamkeiten von SPD und FDP schwinden immer mehr. Im Februar 1982 stellt Helmut Schmidt die Vertrauensfrage, um Klarheit über den weiteren politischen Kurs zu schaffen. Alle SPD- und FDP-Abgeordneten sprechen dem Bundeskanzler das Vertrauen aus. Dennoch bröckelt das Regierungsbündnis.

Im Sommer werden die Meinungsverschiedenheiten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik unüberwindbar. Helmut Schmidt kündigt am 17. September 1982 die Koalition auf. Nach dem Rücktritt der liberalen Minister führt er eine Minderheitsregierung

Link: Deutscher Bundestag

Er (Lindner) **hat doch gesagt, Olaf Scholz hätte ihn auf die Straße gesetzt.**

Link: Instagram

„Hannibal Habeck“

Wie soll denn dieses Zewa Wisch und Weg die deutsche Wirtschaft ruiniert haben? (…) Er hat sie erdrosselt! Mit seinen bürokratischen Folterwerkzeugen. (…) Das Lieferkettengesetz.

Die deutsche Wirtschaft hat schon viele Jahre vor dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz dieses bekämpft (und verpasst keine Gelegenheit, das weiterhin zu tun) und die Wirtschaftslobby hat es auch ordentlich abgeschwächt.

Link: ZEIT

Link: monitor

Unser Lieferkettengesetz ist nicht gut, da haben wir uns in Berichtspflichten eingebuddelt, deshalb hab ich auch öffentlich gesagt: „Wir müssen die Kettensäge anwerfen und das ganze Ding wegbolzen!“

Robert Habeck auf dem Unternehmertag des Außenhandelsverbands BGA

Link: SPIEGEL

Link: FrankfurterRundschau

Link: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Wenn Sie es wegbolzen könnten, würde das keinen Sinn machen, weil die EU bald sowieso ein Lieferkettengesetz vorschreiben wird.

Die EU-Richtlinie wurde im April 2024 beschlossen. Deutschland hat sich auf Druck der FDP enthalten

Link: tagesschau

Die Mitgliedsländer müssen das Gesetz bis 2027 auf lokaler Ebene umsetzen, dafür kann Deutschland das Sorgfaltspfichtengesetz erweitern (das weniger weit reicht als die EU-Richtlinie):

Link: HAUFE

Und drittens haben Sie das Lieferkettengesetz gar nicht beschlossen, sondern die Große Koalition.

Link: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Und viertens dient diese „Bürokratie“, die Sie hier wegbolzen wollen, dem Schutz von Menschenrechten und der Verhinderung von Kinderarbeit.

Link: Die Bundesregierung

Die Strompreise sind explodiert, weil er aus der Atomkraft ausgestiegen ist!

Sie sind in Wahrheit gesunken:

Link: tagesschau

Link: Frauenhofer-Institut

Nach oben

Was ich getan habe, war, in der Gaskrise die Laufzeit der Atomkraftwerke sogar zu verlängern. Stichwort: Streckbetrieb. Und als ich die Dinger dann abgeschaltet habe, ist der Strompreis ja nicht mal hochgegangen.

Link: SPIEGEL

Der Streckbetrieb hat aber nicht einmal für mehr Strom gesorgt und die Preise auch nicht gesenkt, deswegen sind sie danach auch nicht wieder gestiegen:

Link: taz

Link: Greenpeace

Link: SPIEGEL

Deswegen gibt's ja jetzt einen Untersuchungsausschuss gegen Sie!

Link: Deutscher Bundestag

Link: tagesschau

Sie wollen in einem Untersuchungsausschuss klären, ob der Atomkraftgegner Habeck gegen Atomkraft war? (…) Ja genau! Und auch, ob er 2022 einen Energiekollaps ausgelöst hat (…) …der nicht eingetreten ist!

Link: Deutscher Bundestag

Link: Deutschlandfunk

Schlagzeile: **Das Gesetz war eine Atombombe für unser Land!**

Link: Bild

Schlagzeile: **SIE wollten eine Energie-Stasi einsetzen!**

Link: Bild

Nach oben

Aus einer Wärmepumpe kommt bis zu fünfmal mehr Energie raus, wie man reinsteckt.

„Fünfmal mehr Energie raus, wie man reinsteckt" stimmt genau genommen nicht - denn die Wärmepumpe benötigt auch noch die kostenlose Energie aus der Umgebungswärme. Beispielrechnung: Wenn man mit einer Wärmepumpe zum Beispiel 100 kWh Heizwärme erzeugt, braucht sie 67 kWh Umgebungswärme und 33 kWh Strom bei einer Jahresarbeitszahl von 3,0

Link: Umwelt Bundesamt

Link: Hochschule Koblenz

„Feldtests aus den vergangenen Jahrzehnten haben gezeigt, dass die Jahresarbeitszahlen von Elektro-Wärmepumpen stark schwanken.

Eher ungünstig fällt die Bilanz von Luft-Wärmepumpen aus, die in Neubauten mittlere Jahresarbeitszahlen von 2,6 bis 3,3 schaffen, in den schlechtesten Fällen nur 1,5, in den besten Fällen aber auch 4,3 erreichen können. In Altbauten liegen die mittleren Jahresarbeitszahlen von Luft-Wärmepumpen zwischen 2,4 und 2,7. Dagegen schneiden Erd-Wärmepumpen besser ab, mit mittleren Jahresarbeitszahlen in Neubauten von 3,2 bis 4,3 (gesamte Spannbreite 2,0 bis 5,4) und in Altbauten von 2,9 bis 3,3 (gesamte Spannbreite 2,2 bis 4,2)."

Link: Umwelt Bundesamt

Während bei alten Gasthermen 20% der Energie für die Katz sind.

Link: Rheingas

Und ich dachte, ich hätte nur vergessen zu kommunizieren, dass wir Menschen finanziell unter die Arme greifen, die sich ne Wärmepumpe nicht problemlos leisten können

Link: mdr

Link: Merkur

Link: ARD

Nach oben

Wieso haben sie nicht irgendwann drauf hingewiesen, dass der Staat die Heizungsrenovierung je nach Einkommen mit bis zu 70% fördern will?

„Den Vorwurf, das Gebäudeenergiegesetz werde zum sozialen Sprengsatz, wies Habeck entschieden zurück. Man habe in den Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit die Preisentwicklungen bereits einkalkuliert. “Klimaschutz ist Sozialpolitik, denn die Folgen zu tragen werden vor allem die Armen sein”, betonte der Minister. Die Pläne enthielten außerdem großzügige Förderprogramme und Ausnahmen für Härtefälle.

Link: Regio 1 live

Link: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Link: KFW

Aber ich wollte das Förderkonzept damals öffentlich nicht so breitreten, weil die SPD dagegen war.

„Herr Habeck nannte in der Sendung bei Frau Miosga seinen größten Fehler beim Heizungsgesetz: Es sei ein Fehler gewesen, die soziale Förderung nicht gleich zu Beginn mitveröffentlicht zu haben. Diese sei von ihm von Anfang an geplant und durchgerechnet gewesen; FDP und erstaunlicherweise auch die SPD hätten die soziale Förderung aber nicht gewollt.“

Link: SPIEGEL

Link: ARD

Pressestelle des BMWK:

„Die Aussage von Minister Habeck bei Caren Miosga bezog sich auf das SPD-geführte Bauministerium sowie das SPD-geführt Bundeskanzleramt, nicht auf das Parlament.”

Das Heizgesetz heißt eigentlich Gebäudeenergiegesetz. (…)

„Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist am 1. November 2020 in Kraft getreten. Im Zuge einer ersten Novelle wurde zum 1. Januar 2023 der bisher geltende Neubaustandard im Hinblick auf den Jahres-Primärenergiebedarf angehoben (Reduzierung des zulässigen Jahres-Primärenergiebedarfs im Neubau von bisher 75 Prozent des Referenzgebäudes auf 55 Prozent). Mit einer zweiten Novelle des Gesetzes wurde zudem der Einsatz erneuerbarer Energien beim Einbau neuer Heizungen verbindlich geregelt. Diese Änderungen sind am 1. Januar 2024 in Kraft getreten.”

Nach oben

Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (GEG)

Link: Bundesministerium der Justiz

Link: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Und das Gebäudeenergiegesetz stammt auch ursprünglich von der CDU. (…) Es war also ursprünglich nicht Habeck, der uns die Ölkessel rausreißen wollte, sondern der damalige Wirtschaftsminister Altmaier.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier:

„Ich freue mich, dass wir dieses wichtige Vorhaben heute auf den Weg bringen konnten. Wir sind uns in der Bundesregierung einig, dass Bauen und Wohnen bezahlbar sein und bleiben müssen. Daran halten wir uns. Das Gebäudeenergiegesetz setzt Energieeffizienz und Klimaschutz bei Gebäuden wirtschaftlich, umweltfreundlich und sozial um. Gleichzeitig machen wir einen weiteren wichtigen Schritt zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030."

Das Bundeskabinett hat heute, den 23. Oktober 2019, den Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) beschlossen. Die zuständigen Bundesminister Peter Altmaier (BMWi und Horst Seehofer (BMI) hatten den Entwurf gemeinsam ausgearbeitet."

Link: GEG-Info

„Es geht bei der Energiewende weiter voran", erklärt Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie (BMWi). "Mit dem GEG schaffen wir eine deutliche Entbürokratisierung und Vereinfachung des Regelungswerks und setzen zugleich zusätzliche Impulse für die Nutzung erneuerbarer Energien."

Link: heizungsjournal

Vorgeschichte des GEG:

Die sogenannten "Heizungsanlagenverordnung" regelte schon seit den 1980er Jahren das Aus für veraltete Technologien.

Link: GEG Infoportal

Auch in der Energieeinsparverordnung 2002 (EnEV02) ´gab es die folgende Regelung:
" Öl- und Gas-Heizkessel, die vor dem 1.10.1978 eingebaut wurden, müssen bis zum 31.12.2006 außer Betrieb genommen werden."

Link: EnEV-Online

Nach oben

EnEV 2014. „Neu ist, dass alle Hauseigentümer, die nach Februar 2002 das Haus erworben haben, künftig grundsätzlich 30 Jahre alte Heizungen austauschen müssen, beginnend mit dem Jahr 1985."

Link: Verband Wohneigentum

Und es gab schon zur Zeit der Großen Koalition ein Heizverbot - für 30 Jahre alte Öl-Kessel.

§ 72 Betriebsverbot für Heizkessel, Ölheizungen

Link: GEG-Info

Habeck hat den Paragrafen von der Groko fast eins zu eins übernommen.

§ 72 Betriebsverbot für Heizkessel, Ölheizungen

Link: GEG-Info

Gott sei Dank regiert jetzt bald wieder das Original! (…) Ja. Und die CDU will das Heizungsgesetz abschaffen, ne? (…) Da müssen Sie ihre Renovierung dann komplett selber zahlen. (…) Jens Spahn will die Förderung komplett streichen.

„Jens Spahn, CDU-Fraktionsvize, ging kürzlich mit der Ampel-Regierung hart ins Gericht, indem er ihr „Unsinn" vorwarf und versprach, das Gesetz zurückzunehmen, sollte die Union das Kanzleramt im neuen Jahr übernehmen. Einen Gegenentwurf wollte er bislang jedoch nicht preisgeben.

Link: FrankfurterRundschau

„Neben der Abschaffung des Bürgergelds sei sicher: „Das Heizungsgesetz werden wir zurücknehmen" sagte Spahn im FAZ-Podcast. „Wir beenden Habecks Subventionsprogramme." Mehrere Milliarden Euro, die für das Heizungsgesetz der Ampel-Koalition eingeplant sind, könne man so sparen. CDU-Politiker sagte: „Diese Summen braucht man nicht, wenn man das Gesetz zurücknimmt." Er bezeichnete die Regelungen für schrittweise mehr Klimaschutz im Gebäudebereich, der seinen Klimazielen noch hinterherhinkt, als „Unsinn."

Link: op-online

„Zudem kündigte Spahn Einschnitte bei der finanziellen Förderung für klimafreundliche Heizungen an. Diese werde „der aktuellen Haushaltslage angepasst", sagte er, ohne die Höhe genauer zu beziffern. Mittelfristig sollte die Förderung ganz abgeschafft werden.

Link: VDI

Nach oben

Des wird dann für mich ziemlich teuer. (…) Die CDU sagt, sie wollen stattdessen alles über den CO2-Preis regeln.

Statt dem Heizungsgesetz solle man mit dem „marktwirtschaftlichen Anreiz der CO_2-Preise agieren, begleitet von kommunaler Wärme-, besser noch: Energieplanung“.

Link: Merkur

„Dafür möchte die CDU im Kern weiter auf die längst beschlossene CO2-Bepreisung setzen. Das Prinzip ist einfach: Wer die Atmosphäre mit dem klimaschädlichen Gas CO2 verschmutzt, muss dafür zahlen. Damit Deutschland bis 2045 auch tatsächlich klimaneutral wird, darf immer weniger CO2 ausgestoßen werden. Der Preis dafür wird deshalb in den kommenden Jahren steigen.”

Der CO2-Preis setze einen Anreiz zur Verhaltensänderung, erklärt Ökonom Edenhofer. Denn die Haushalte sollten nicht mehr heizen oder Auto fahren, indem Kohle, Öl und Gas verbrannt wird. "So einfach ist es."

Link: tagesschau

„Wenn ich ausschließlich den CO_2-Preis sehr stark erhöhe, dann trifft das alle, die pendeln, alle, die in unsanierten Häusern mit einer Öl- oder Gasheizung leben – das forciert eine sozialpolitische Diskussion. Ich glaube, dass CDU und CSU mit ihrer Verankerung im ländlichen Raum nicht ausschließlich auf eine Steuerung über höhere Energiepreise setzen werden. Deutschland wird auch morgen ein Gebäudeenergiegesetz benötigen. Ich freue mich auf eine sachliche und lösungsorientierte Diskussion darüber, wie wir das Heizungsgesetz weiterentwickeln.”

Link: Merkur

Was glauben Sie, warum der Zentralverband Sanitär-Heizung-Klima die Union scharf kritisiert und gefordert hat, dass Gesetz beizubehalten?

Link: SPIEGEL

Link: agrarheute

Der Verband deutscher Ingenieure fordert angesichts von Spahns Aussage mehr technisch-wissenschaftlichen Sachverstand.

Link: VDI

Nach oben

Der Chef von Stiebel Eltron hat zu Spahn wortwörtlich gesagt: „Macht keinen Scheiß!“

Link: FOCUS

Link: TABLE BRIEFINGS

Sogar die Unternehmen, die auch Öl- und Gasheizungen verkaufen, sagen: dass „die Abschaffung des Gesetzes einen funktionierenden Markt mutwillig beschädigt“.

„Für den Pressesprecher des Verbands, Frank Ebisch, ist es unverständlich, dass die CDU nun diese Debatte wieder anstößt. „Für den ohnehin angeschlagenen Heizungsmarkt ist das eine fatale Begleitmusik. Wie sollen unsere Kunden wieder Vertrauen fassen und die Modernisierung ihrer veralteten Heizsysteme angehen?“ Aktuell seien die Förderbedingung gut, die Kapazitäten seien da und die Technologie sei verfügbar. „Der ZVSHK hat bereits klar zum Ausdruck gebracht, dass die Forderung nach der Rücknahme des Heizungsgesetzes sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus klimapolitischer Sicht nachteilig ist.“

Link: Merkur

„Solo Michael Altinger“

„Kreuzverhör Lindner“

Ich habe selbstverständlich die Gesamtverantwortung übernommen, damit meine Mitarbeiter die Einzelverantwortung übernehmen und zurücktreten konnten. Was ich zurecht bedaure.

Link: SPIEGEL

Link: FrankfurterRundschau

Nach oben

Nach dem Ampel-Aus: Wollten Sie die Wirtschaft oder die FDP retten, Herr Lindner? Caren Miosga

Link: YouTube

Wissen Sie was schade ist, dass wir nur über das D-Day Papier reden und nicht über Inhalte…

Nach dem Ampel-Aus: Wollten Sie die Wirtschaft oder die FDP retten, Herr Lindner? Caren Miosga

Link: YouTube

Mehr Marktwirtschaft, weniger Bürokratie und Steuersenkung.

Link: FDP

Link: FDP

Ihre Vorschläge ignorieren alles, was um Deutschland herum passiert. Selbst wenn man die Vorschläge umgesetzt hätte, wär immer noch Krieg in Europa und die USA und China würden unsere Produkte immer noch nicht kaufen. Unser Exportmodell ist im Arsch und das kann man nicht ändern, indem man ein paar Verwaltungsvorschriften streicht.

Auswirkungen eines Erdgasembargos auf die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland

Link: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung

Link: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung

„Die deutschen Exporte sind im Jahr 2023 im Vergleich mit dem Vorjahr um 1,4 Prozent gesunken. (...) Die Außenwirtschaftsexpertin der DIHK sieht dafür primär zwei Gründe: eine "geringe Nachfrage aus dem Ausland aufgrund hoher Inflationsraten und eines hohen Zinsniveaus" sowie "geopolitische Risiken". Sie bezeichnete 2023 als ein "gebrauchtes Jahr für die deutsche Exportwirtschaft".

Link: ZEIT

Nach oben

„Zudem droht mit den Ausgleichszöllen gegenüber China ein Hochschaukeln von Sanktionen. Das ist weder im deutschen noch im europäischen Interesse. Wir müssen den internationalen Wettbewerb annehmen und uns nicht von ihm abschotten. Und wir sollten andere Wege finden, um China zum Einhalten der Wettbewerbsregeln zu bewegen", betont Jandura weiter.

Link: BGA

„Für die deutsche Exportwirtschaft ist die Lage schwierig und die Aussichten bleiben stark getrübt. Die globale Nachfrageschwäche setzt den Unternehmen mehr und mehr zu", sagte der Ökonom Bastian Hepperle von der Privatbank Hauck Aufhäuser Lampe.

Auch Carsten Brzeski, Chefvolkswirt der ING, urteilte: "Reibungsverluste in den Lieferketten, eine stärker fragmentierte Weltwirtschaft und die Tatsache, dass China zunehmend in der Lage ist, Waren zu produzieren, die es zuvor von Deutschland bezogen hat, belasten die deutsche Exportwirtschaft."

Link: tagesschau

Der deutsche Export fällt als Retter aus

Link: Welt

Für die Freien Demokraten ist der Bürokratieabbau ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif – und ein wertvoller Baustein der Wirtschaftswende.

Link: FDP

Alleine die Blockadehaltung seines Vereins reicht doch schon für lebenslänglich! Kindergrundsicherung, Tempolimit, Aus für klimaschädliche Subventionen, Verbrenner-Aus, Investitionen…

Kindergrundsicherung:

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat seine ablehnende Haltung zu Erhöhung der Leistungen bei der Kindergrundsicherung bekräftigt

Link: tagesschau

Im Koalitionsstreit um die Kindergrundsicherung hat die FDP nun einen neuen Gesetzentwurf gefordert.

Link: tagesschau

Nach oben

Tempolimit:

Technologieoffenheit statt Symbolpolitik – gegen ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen

Link: FDP

„ Regierung lehnt es bisher ab -100 km/h auf Autobahnen: Bündnis fordert generelles Tempolimit in Deutschland (...) Nach der Bundestagswahl 2021 drängte das Bündnis erstmals auf ein Tempolimit auf Autobahnen. Doch die FDP blockiert diese Forderung vehement. Der Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung mit SPD und Grünen macht unmissverständlich klar: „Ein generelles Tempolimit wird es nicht geben (...)

Mitglieder des Bündnisses, wie die Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland, setzen sich für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen ein. Silke von Beesten, Vorsitzende der Organisation, ist überzeugt, dass dadurch tödliche Unfälle und schwere Verletzungen deutlich reduziert werden könnten. Michael Mertens von der Gewerkschaft der Polizei NRW hebt die Bedeutung eines Tempolimits im Zusammenhang mit der Elektromobilität hervor. Fahrzeuge, die schneller als 130 km/h fahren, haben eine erheblich verkürzte Reichweite. Zudem stellen hohe Geschwindigkeiten ein signifikantes Unfallrisiko auf Autobahnen dar.”

Link: FOCUS

Klimaschädliche Subventionen:

„Die Ampelkoalition wollte klimaschädliche Subventionen eigentlich abbauen. Insbesondere im Verkehrssektor gibt es viel Potenzial. Doch die FDP bremst.”

Link: taz

Quantifizierung der Treibhausgaswirkung von staatlichen Begünstigungen in Deutschland

Link: Öko-Institut

Deutsche Umwelthilfe fordert Ende der Gratismentalität bei Spitzenverdienern mit Klimakiller-Dienstwagen: FDP-Finanzminister fördert sie mit teils mehr als 150.000 Euro pro Fahrzeug

Link: Deutsche Umwelthilfe

Nach oben

Aus für das Verbrenner-Aus:

Link: FDP

Limk: FDP

Investitionen:

„Die Schuldenbremse schränkt die politische Handlungsfähigkeit ein. Die Idee dahinter ist, künftige Generationen nicht übermäßig zu belasten. Gleichzeitig bestehen jedoch ein immenser Investitionsbedarf und eine hohe Steuerbelastung. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt anhand von drei Reformvarianten, wie finanzielle Spielräume geschaffen werden können, ohne dabei die Staatskasse zu überlasten."

Link: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Schuldenbremse verschärft die Krise-Die FDP schadet ihren Wählern

Link: taz

„Führende Wirtschaftsinstitute fordern zusätzliche Schulden in Milliardenhöhe, um die marode Infrastruktur in Deutschland zu sanieren. Dafür sei eine Reform der Schuldenbremse dringend erforderlich."

Link: tagesschau

„Zum 1. Januar 2025 soll jede neu eingebaute Heizung auf der Basis von 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden." (…) Der Satz ist aus der Koalitionsvereinbarung der Ampel von 2021 und die trägt ihre Unterschrift!.

„Es beginnt die Zeit der Tat - SPD, Grüne und FDP haben am Dienstag ihr Regierungsprogramm besiegelt. Die Spitzenvertreter der Ampel-Parteien sind im Futurium zusammengekommen, um den Koalitionsvertrag zu unterzeichnen."

Link: FDP

Mehr Fortschritt wagen - Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP):

Nach oben

“Im Rahmen des Klimaschutzsofortprogramms führen wir 2022 nach dem Auslaufen der Neubauförderung für den KfW-Effizienzhausstandard 55 (EH 55) ein Förderprogramm für den Wohnungsneubau ein, das insbesondere die Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) pro m² Wohnfläche fokussiert und ändern das Gebäudeenergiegesetz (GEG) wie folgt: Zum 1. Januar 2025 soll jede neu eingebaute Heizung auf der Basis von 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden; (...)”

Link: FDP

Sie haben also 2021 einer Regelung zugestimmt, gegen die Sie 2023 öffentlich Sturm gelaufen sind!?

„Der Entwurf war klimapolitisch gut gemeint, wirtschaftlich und sozial ist das Echo aber verheerend. Die Pläne müssen daher zurück in die Montagehalle und grundlegend überarbeitet werden", so der FDP-Politiker. Eine oberflächliche Reparatur werde nicht ausreichen.”

Link: tagesschau

Link: VOLKSVERPETZER

Bundesfinanzminister Christian Lindner stellt sich beim geplanten Verbot konventioneller Heizungen quer.

Link: Süddeutsche Zeitung

FDP will Heizgesetz entschärfen.

Link: Bild

Ich musste 2023 dafür sorgen, dass Habecks Gesetz technologieoffen wurde.

Link: FDP

Warum haben Sie dann dem Gesetzesvorhaben 2022 ein zweites Mal zugestimmt? Sogar in einer verschärften Fassung, nach der viel früher keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden durften.

Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 23. März 2022 -Maßnahmenpaket des Bundes zum Umgang mit den hohen Energiekosten:

„Wir werden jetzt gesetzlich festschreiben, dass ab dem 1. Januar 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Wir schaffen den Rahmen dafür, dass Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien ihre über 20 Jahre alten Heizungsanlagen austauschen und werden dazu im

Nach oben

Bundesprogramm effiziente Gebäude (BEG) das Gaskesselaustauschprogramm optimieren."

Link: Ergebnis des Koalitionsausschusses

2022 wollten wir weg von Putins Gas, 2023 wollte ich weg von Olafs Ampel. Sehen Sie: Wir von der FDP halten pauschale Verbote für falsch. Wir sind für Technologieoffenheit!

Link: FDP

In Habecks Entwurf stand schon 2022, man könne mit der Wärmepumpe, der Solarthermie, Biomasse, oder Wasserstoff oder anderen grünen Gasen heizen.

65 Prozent erneuerbare Energien beim Einbau von neuen Heizungen ab 2024 Konzeption zur Umsetzung; Stand: 14. Juli 2022

Anwendungsbereich der 65-Prozent-EE-Vorgabe für neu eingebaute Heizungen; Erfüllungsoptionen: Anschluss an ein Wärmenetz; Einbau einer Wärmepumpe mit der Wärmequelle Luft, Erdreich oder Wasser; Einbau einer Biomasseheizung auf Basis von fester oder flüssiger Biomasse; Einbau einer Gasheizung unter Nutzung von grünen Gasen

Link: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Im Koalitionsausschuss am 28. März 2023 – also nachdem die BILD Habecks Gesetzentwurf veröffentlicht hat, haben Sie dann dem Gesetzesvorhaben zum dritten Mal zugestimmt.

Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung, 28. März 2023 „Die Energiewende im Wärmebereich ist ein Schlüsselbereich für die Erreichung der klimapolitischen Ziele und für eine weitere Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Ein schnelles Umsteuern im Bereich der Gebäudewärme ist hierbei ein zentraler Baustein.

Im Koalitionsausschuss am 24. März 2022 wurde deshalb beschlossen, gesetzlich festzuschreiben, dass ab dem 1. Januar 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden soll. Der entsprechende Gesetzentwurf wird gegenwärtig im Ressortkreis überarbeitet. Er wird von der Bundesregierung im April im Kabinett auf den Weg gebracht, um das Gesetz vor der Sommerpause im Bundestag zu beschließen. Es wird darauf geachtet, dass ein technologieoffener Ansatz verfolgt wird, und dass ausreichende Übergangszeiträume zur Verfügung stehen.

Nach oben

Das Gesetz wird dabei pragmatisch ausgestaltet, unbillige Härten auch zum sozialen Ausgleich werden vermieden und sozialen Aspekten angemessen Rechnung getragen. (...)"

Link: SPD

Drei Wochen später hat das Kabinett das Gesetz beschlossen. Das war ihre vierte Zustimmung.

„Das Kabinett hat den Gesetzentwurf zur Novelle des Gebäude-Energie-Gesetzes beschlossen. Zentraler Regelungsinhalt der Novelle ist die Vorgabe, dass ab dem 1. Januar 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung auf der Basis von 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden soll. Der Gesetzentwurf setzt ein zentrales Vorhaben des Koalitionsvertrages um (...)"

Link: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Link: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Das ist auch richtig, aber nochmal vier Wochen später hat mein damaliger Generalsekretär entdeckt, dass es erheblichen Änderungsbedarf gibt und wir ein völlig neues Gesetz brauchen.

22.05.2023 DJIR-SARAI-Statement: Der aktuelle Entwurf des GEG überfordert die Menschen wirtschaftlich und finanziell

Link: FDP

„Mit ihrer Kommunikation zu einem Fragenkatalog zum Heizungsgesetz hat die FDP zwei Wochen lang für Verwirrung gesorgt. Statt 101 Fragen hat die Partei jetzt 77 Fragen an das Wirtschaftsministerium geschickt."

Link: tagesschau

Die 77 Fragen der FDP-Bundestagsfraktion an das BMWK zur Novelle des Gebäudeenergiegesetzes und die Antworten des BMWKs auf diese:

Nach oben

„77. Frage: Wie hoch schätzt das BMWK die Chancen bzw. die dann fälligen Zinsen ein, wenn ein 55-, 60-, 65-, 70- sowie 75-Jähriger mit einem durchschnittlichen Vermögen und einem durchschnittlichen Einkommen einen 70.000€-Kredit für eine neue Wärmepumpe seines Eigenheims (aktueller Wert 350.000€) inklusive Energieeffizienz- und Gebäudedämmungsmaßnahmen aufnehmen muss. Bitte nach den angegebenen Altersstufen aufschlüsseln und die aktuell gegebenen Finanzmarktkonditionen mit einbeziehen."

Link: FragDenStaat

Allerdings habe ich beim 4. Mal in einer Aktennotiz Nachbesserungen gefordert.

„Im Kabinett hatte Finanzminister Christian Lindner zum Gebäudeenergiegesetz eine Protokollnotiz mit seinen Bedenken abgegeben. Die Freien Demokraten haben Zweifel an der Praxistauglichkeit des Gesetzentwurfs und fordern Nachbesserungen."

Link: FDP

An einem Gesetz, das Sie zu diesem Zeitpunkt in der BILD-Zeitung jetzt als „pragmatisch und technologieoffen" gelobt haben!

„Eine neue Heizung muss in der Lage sein, zukünftig zu 65 Prozent erneuerbare Energien zu nutzen. Das ist gut für das Klima und für die Familienkasse, weil Gas und Öl langfristig teurer werden. Wir haben uns aber in der Regierung geeinigt, dass wir uns nicht auf einzelne Technologien festlegen."

Link: Bundesministerium der Finanzen

Dadurch haben wir es geschafft, dass das Einbauverbot für neue Öl- und Gasöfen nach hinten verschoben wurde.

In Bestandsgebäuden können noch bis voraussichtlich 2026 bzw. 2028 klassische Gas oder Ölheizungen verbaut werden.

Link: VERBAND WOHNEIGENTUM

Das Einbauverbot, das Sie 2022 selber nach vorne gezogen haben?

Link: Ergebnis des Koalitionsausschusses

Nach oben

Und dann haben Sie dem Gesetz zum fünften Mal zugestimmt?

Die Ampel-Koalition hat sich beim Heizungsgesetz auf eine finale Fassung geeinigt. Damit wird es wahrscheinlich, dass der Entwurf kommende Woche vom Bundestag verabschiedet wird.

Link: ZDF Heute

Ja. Weil es nun technologieoffen war.

Die Freien Demokraten haben dafür gesorgt, dass Klimaschutz, Technologieoffenheit und sozialer Ausgleich Eingang in das Heizungsgesetz finden.

Link: FDP

Denn uns als FDP liegt zum Beispiel sehr viel daran, Wasserstoff als einen wichtigen Energieträger der Zukunft nicht zu vergessen.

„Wasserstoff wird ein wichtiger Baustein für eine klimaneutrale Energieversorgung, für eine wettbewerbsfähige Industrie und für Arbeitsplätze der Zukunft sein (...) Darüber hinaus ist in Zukunft auch der Einsatz von Wasserstoff beim Heizen in Gebäuden möglich."

Link: FDP

Wissen Sie, wer dafür gesorgt hat, dass Wasserstoff als Heizmittel in privaten Haushalten nicht verwendet werden kann? (…) Die FDP. Die hat mit der Ampel dafür gesorgt, dass es nur ein Wasserstoffnetz für die Industrie geben wird.

„Das Fehlen einer Wasserstoffnetzinfrastruktur ist einer der Gründe dafür, dass der Wasserstoffhochlauf insgesamt nicht vorankommt: Solange die Infrastruktur fehlt, werden auch Investitionen in die Wasserstoffproduktion verschoben. Denn solange unklar ist, ob und wann der Wasserstoff auch transportiert werden kann, ergibt der Aufbau der Wasserstoffproduktion wenig Sinn. Auch potenzielle Abnehmer werden abgeschreckt: Sie wissen bis heute nicht sicher, ab wann eine Belieferung möglich sein könnte. (...) Allerdings verbinden die Fernleitungen eben nicht jedes Dorf, sondern lediglich große Industriebetriebe und Raffinerien. Diese würden dann auch "als Erstes mit Wasserstoff versorgt, weil hier bereits zur Mitte der 2020er Jahre signifikante Wasserstoffbedarfe gemeldet wurden", sagt Fischer.

Nach oben

Wenn das Leitungsnetz also tatsächlich bis Anfang der 2030er Jahre zu einem großen Teil umgestellt ist, dann geht der erste Wasserstoff zunächst einmal in die Industriezentren."

Link: ZEIT

Fraunhofer-Studie: Wasserstoffnetzgesellschaft kann Hochlauf beschleunigen

"Angesichts der besonderen Lage spreche vieles dafür, die staatliche Beteiligung an einer nationalen Wasserstoffnetzgesellschaft in Erwägung zu ziehen. (...)

Die Schaffung einer nationalen Wasserstoffnetzgesellschaft geht mit einem initialen Aufwand einher, kann jedoch den Netzaufbau insgesamt deutlich beschleunigen. Der Grund: Der Prozess laufe über eine einzige Institution mit statt über mehrere Akteure mit komplexen Interessenlagen und Strukturen.

Die staatliche Beteiligung an einer Netzgesellschaft wäre nicht ungewöhnlich und könnte den Hochlauf deutlich vereinfachen und beschleunigen."

Link: H2NEWS

„Ampel-Koalitionäre kritisieren Pläne für staatliches Wasserstoffnetz Die Liberalen und auch einige SPD-Politiker halten nichts davon, eine Wasserstoffnetzgesellschaft mit staatlicher Beteiligung aufzubauen.

Link: Handelsblatt

„Der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur beginnt in einer ersten Stufe mit der Planung und Errichtung eines Wasserstoff-Kernnetzes. Mit dem Wasserstoff-Kernnetz sollen derzeit bekannte große Verbrauchs- und Erzeugungsregionen für Wasserstoff in Deutschland erreicht und so zentrale Standorte - wie große Industriezentren, Speicher, Kraftwerke und Importkorridore - angebunden werden. Das Kernnetz soll wichtige Wasserstoffinfrastrukturen beinhalten, die bis 2032 in Betrieb gehen sollen. Die Wasserstoff-Kernnetz-Genehmigung sieht Maßnahmen mit einer Leitungslänge von 9.040 km vor, die zu rund 60 Prozent auf Umstellungen bestehender Erdgasleitungen basieren. Die zu erwartenden Investitionskosten belaufen sich auf 18,9 Milliarden Euro."

Link: Bundesnetzagentur

Wasserstoffheizung ist ja nur ein theoretisches Konzept. Das ist in der Praxis viel zu teuer!

Wasserstoff: zu teuer zum Verheizen

Link: Umweltinstitut München

Nach oben

„Was die Kosten für den Wasserstoffimport nach Europa anbelangt, ist nach Berechnungen im Projekt mit Kosten von 3,5 bis 6,5 EUR/kg im Jahr 2030 und 2,5 bis 4,5 EUR/kg im Jahr 2050 zu rechnen. Die Großhandelspreise für Deutschland dürften mit mehr als 4 EUR/kg im Jahr 2050 langfristig vergleichsweise hoch sein. Innerhalb der EU und weltweit muss Deutschland mit den höchsten Wasserstoffpreisen rechnen. (...) Weiterhin führt das kurz- und mittelfristig knappe Angebot dazu, dass der Wasserstoffeinsatz sich auf Sektoren fokussieren sollte, in denen es kaum andere Optionen gibt – etwa die Stahl- und Grundstoffchemie, den internationalen Flug- und Schiffstransport oder Raffinerien. Um Wasserstoff und die Syntheseprodukte in Bereichen wie Gebäudewärme oder im straßengebundenen Verkehr einzusetzen, müssten die Preise hierfür sehr niedrig sein, was sich derzeit nicht abzeichnet."

Link: Fraunhofer-Institut

Link: statista

„Deutschland wird enorme Mengen an "grünem" Wasserstoff brauchen. Die wird es nicht selbst herstellen können, weshalb das Land auf Importe angewiesen ist. Bis zu zwei Drittel des "grünen" Wasserstoffs müssten aus anderen Ländern bezogen werden. Am günstigsten ist es, Wasserstoff mit Solarenergie zu erzeugen. Dafür kommen Länder in Afrika oder auf der arabischen Halbinsel in Frage. Doch das wirft auch Fragen auf: Welche Auswirkungen hat es beispielsweise für die Länder Afrikas, wenn große Flächen für riesige Solarparks genutzt werden? Woher kommt der Rohstoff Wasser und profitiert auch das Erzeugerland von der "grünen" Energie, um selbst klimaneutral zu werden?"

Link: tagesschau

Da wird es Sie interessieren zu erfahren, (…) dass wir bei einer erneuten Regierungsbeteiligung das Heizungsgesetz sofort abschaffen werden.

„In der ARD-Sendung Maischberger sagte CDU-Chef Merz: "Wir werden dieses Gesetz korrigieren und zwar auf den ursprünglichen Stand wieder zurückbringen. Wir werden es so wieder regeln, dass die Menschen eine eigene Entscheidung treffen können, was sie einbauen und wir werden Grenzwerte haben, dass wir in der Zeit auch CO2-frei im Haus heizen.

Link: mdr

Nach oben

„Die Liberalen fordern ein Ende des Gebäudeenergiegesetzes, umgangssprachlich bekannt als „Heizungsgesetz“. In stark abgewandelter Form hatten sie es einst mitbeschlossen. Nach dem Ampel-Aus kritisiert FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai das Gesetz jetzt als „Bürokratiemonster“. Gleichzeitig betont er vor der Bundestagswahl laut dpa „große inhaltliche Schnittmengen“ zwischen FDP und Union.

Link: FrankfurterRundschau

Es war das umstrittenste Gesetz der Ampel-Regierung, nun versprechen CDU und FDP das Heizungsgesetz zurückzunehmen.

Link: TAGESSPIEGEL

„Springer Tafel“

Was hat der Springer Boss Mathias Döpfner 2021 damals dem BILD-Chef geschrieben?... „Please stärke FDP.” ... “Wenn sie sehr stark sind, dann können sie in Ampel so autoritär auftreten, dass sie platzt.“

Link: tagesschau

Und wer ist der Hauptaktionär von Springer? (…) KKR. (…) Einer der größten Finanzinvestoren der Welt!

Link: tagesschau

Link: Capital

Link: intelligent investieren

Und wo investiert KKR in großem Stil? (…) In Öl- und Gasfirmen.

Link: Global Energy Monitor

Link: PRIVATE EQUITY CLIMATE RISKS

Nach oben

Und an wen haben die Top-Manager von KKR mehrfach Geld gespendet, zuletzt vor ein paar Tagen? (…) Die FDP.

Link: SPIEGEL

Link: abgeordnetenwatch

Link: Registereintrag "FGS Global (Europe) GmbH" - Lobbyregister beim Deutschen Bundestag

Erst am 4.12. 2024 hat der KKR Manager Philipp Freise wieder an die FDP gespendet und zwar in Höhe von 50.000 Euro

Link: X

Zur Frage der politischen Einflussnahme von KKR siehe auch die LobbyControl Studie “Springer-Konzern: Nutzte Hauptaktionär KKR den Medienkonzern für politische Einflussnahme?”

Link: LOBBY CONTROL

„Kreuzverhör von Scholz und Habeck“

Sie hoffen, dass der Wähler Ihre Beliebtheit mit der von Pistorius verwechselt?

Eine neue Befragung zur Beliebtheit von Spitzenpolitikerinnen und -politikern gibt der Debatte über den SPD-Kanzlerkandidaten bei der vorgezogenen Bundestagswahl neue Nahrung. In dem Ranking, das vom Insa-Institut für die „Bild“-Zeitung jede Woche erstellt wird, rutscht Olaf Scholz vom zuletzt 19. auf den jetzt 20. und damit letzten Platz ab.

Ganz vorn in der Rangfolge mit einer Punkteskala von 1 bis 100 steht mit einem Wert von 52,8 hingegen Verteidigungsminister Boris Pistorius, den einige Sozialdemokraten und auch viele Bürgerinnen und Bürger in anderen Umfragen lieber als Kanzlerkandidaten sähen. Scholz kommt im Insa-Ranking derzeit auf einen Wert von nur 31,4 Punkten.

Link: RedaktionsNetzwerk Deutschland

Top Ten: Pistorius weiter deutlich auf Platz eins

Link: ZDF Heute

Nach oben

Herr Scholz, die deutsche Wirtschaft liegt am Boden und Sie gelten als dringend tatverdächtig.

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich weiterhin in der Stagnation. Diese Feststellung trifft der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem von der Bundesregierung als Unterrichtung (20/13800) vorgelegten Jahresgutachten 2024/25. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei in den vergangenen fünf Jahren real insgesamt lediglich um 0,1 Prozent gewachsen...

„Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland wirtschaftlich deutlich hinterher. Dies legt in der Gesamtschau zunehmend nahe, dass die deutsche Volkswirtschaft sowohl von konjunkturellen als auch von strukturellen Problemen ausgebremst wird“, meinen die Gutachter. Sie erwarten, dass Deutschland auch im nächsten Jahr „deutlich“ hinter anderen Volkswirtschaften zurückbleiben wird. Die anhaltend schwache wirtschaftliche Entwicklung wird vor allem mit einem Rückgang von Produktion und Wertschöpfung in der Industrie erklärt.

Link: Deutscher Bundestag

Link: tagesschau

Diese Stagnation hat er nicht verursacht, Sie sehen ja, die begann schon 2018, das war ja die Vorgängerregierung. (…)

Link: statista

Denn schaut man über das Auf und Ab während der Pandemie hinweg, so stagniert die deutsche Wirtschaft praktisch seit Anfang 2018.

Link: Welt

Interessant, wo war Herr Scholz denn zu dem Zeitpunkt? (…) Ja gut, da war er in der Vorgängerregierung.

Link: Der Bundeskanzler

Die Delle, da! Das war nicht er, das war Corona.

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wird seit Anfang dieses Jahres von der Ausbreitung der Corona-Pandemie bestimmt. Diese Krise ist, wenngleich die Industrie sich damals schon im Abschwung befand, weniger konjunkturell als vielmehr durch externe Faktoren bedingt, nämlich die Corona-Epidemie und dadurch ausgelöste politische Entscheidungen, die Lockdowns.

Nach oben

Nach dem ersten Lockdown im Frühjahr verzeichnete die deutsche Wirtschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres einen massiven Einbruch; das reale, saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging in den ersten beiden Quartalen (jeweils gegenüber dem Vorquartal) um 2 % bzw. knapp 10 % zurück.

Link: Wirtschaftsdienst

Link: Peter Altmaier

Und, dass es hier nicht mehr aufwärts ging? (…) Das war Putin.

Stark gestiegene Energiepreise, hohe Inflation, Engpässe bei Getreide und weltweit Einbußen beim Wachstum: Der russische Krieg gegen die Ukraine hat auch schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Ein Überblick in Grafiken.

Link: tagesschau

Seit dem 24. Februar 2022 tobt der Krieg in der Ukraine. Er verursacht unsägliches Leid – und er verändert auch Deutschland. Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt gravierende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Die seit 2021 steigenden Preise für Energie, Lebensmittel und Konsumgüter belasten die Wirtschaft und die privaten Haushalte. Angesichts der hohen Preise haben viele Bürgerinnen und Bürger damit begonnen, sich einzuschränken. Sie rechnen damit, dass Arbeitsplätze verloren gehen werden und sehen bei der Bezahlung ihrer Energierechnungen große Schwierigkeiten auf sich zukommen.

Link: lpb

Und dass wir von dem abhängig waren…? (…) Das war die Vorgängerregierung. (…) Also doch wieder der Olaf?

Genau genommen importiert die BRD Gas bereits seit 1973 aus Russland bzw damals noch UdSSR.

Ende der 1980er deckten sowjetische Importe bereits etwa die Hälfte des Gasbedarfs der BRD...

2007 --> Anteil russ Gasimporte 43%

2022 --> ca 50%

Link: kurz&knapp

Das sind die Gaspreise im ersten Halbjahr 22, nachdem Putin den Hahn abgedreht hatte.

Die privaten Haushalte in Deutschland haben im 1. Halbjahr 2022 im Durchschnitt 8,04 Cent je Kilowattstunde Erdgas gezahlt. Strom kostete die Verbraucherinnen und Verbraucher durchschnittlich 33,50 Cent je Kilowattstunde. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, stiegen die Gaspreise damit gegenüber dem 2. Halbjahr 2021 um 17,7 %, die Strompreise um 1,9 %. Bei den Nicht-Haushaltskunden, also vor allem Unternehmen und Behörden, fiel die Preissteigerung für Gas mit +38,9 % im Vergleich zum 2. Halbjahr 2021 deutlich höher aus, bei Strom zahlten sie 19,1 % mehr.

Link: Statistisches Bundesamt

Die Bürger hatten im Sommer 22 Angst vor explodierenden Heizkosten.

Regierung wegen Gaspreisen unter Druck

Die Angst vor dem eiskalten Herbst

Die hohen Gaspreise belasten Millionen VerbraucherInnen. Sparen hilft schon eine Menge – aber die Koalition muss Geringerverdienende unterstützen.

Link: taz

Siehe auch Tom Krebs, Fehldiagnose. Wie Ökonomen die Wirtschaft ruinieren und die Gesellschaft spalten. Westend Verlag 2024, S. 119

Wir hatten bereits zwei Entlastungspakete geschnürt.

Angesichts der massiv gestiegenen Energiepreise hatte die Bundesregierung in den ersten Monaten des Jahres 2022 innerhalb weniger Wochen zwei Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von etwa 30 Mrd. Euro vorgelegt. Die entsprechenden Gesetze wurden ab März 2022 verabschiedet und entfalten überwiegend im Sommer 2022 ihre Wirkung. Die Entlastungsmaßnahmen beinhalten eine Erhöhung der Steuerfreibeträge, eine Energiepreispauschale für Erwerbstätige sowie einen Kinderbonus und Pauschalen für Leistungsempfangende ebenso wie eine dreimonatige Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage.

Link: Hans Böckler Stiftung

Link: Bundesministerium der Finanzen

Nach oben

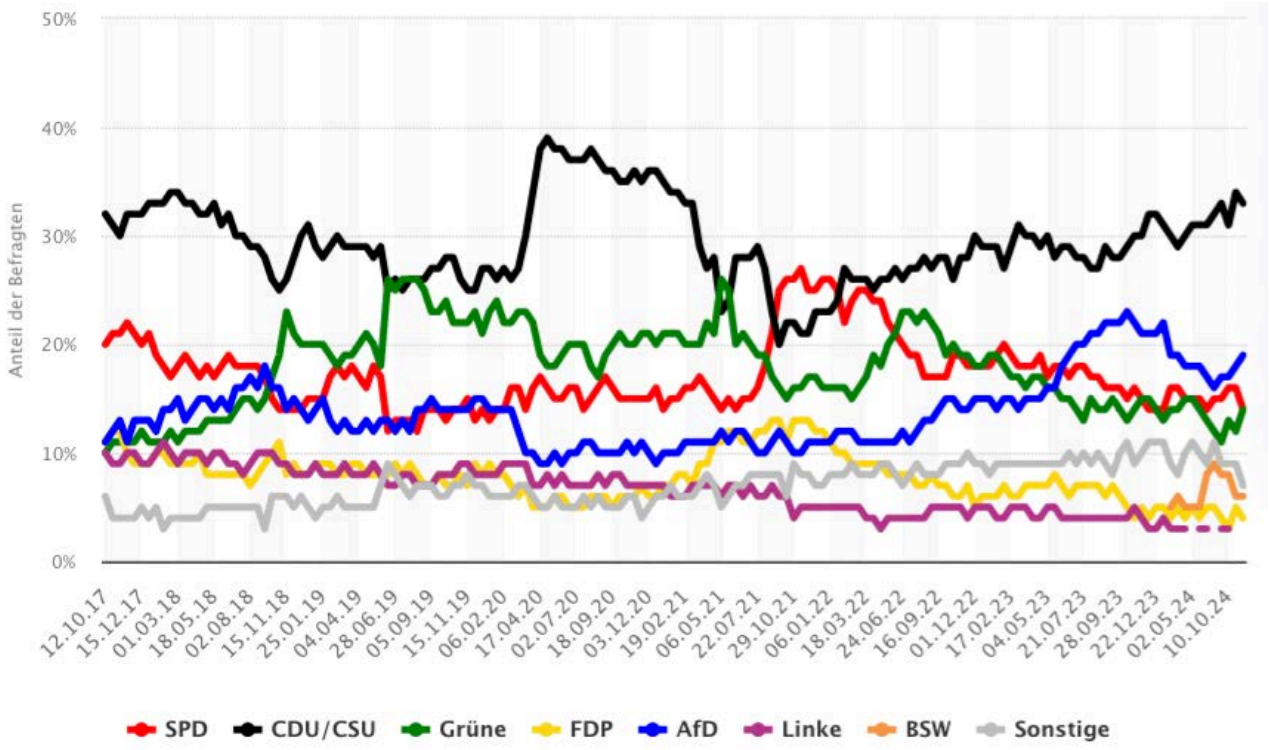
Wir hatten bereits zwei Entlastungspakete geschnürt.

Angesichts der massiv gestiegenen Energiepreise hatte die Bundesregierung in den ersten Monaten des Jahres 2022 innerhalb weniger Wochen zwei Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von etwa 30 Mrd. Euro vorgelegt. Die entsprechenden Gesetze wurden ab März 2022 verabschiedet und entfalten überwiegend im Sommer 2022 ihre Wirkung. Die Entlastungsmaßnahmen beinhalten eine Erhöhung der Steuerfreibeträge, eine Energiepreispauschale für Erwerbstätige sowie einen Kinderbonus und Pauschalen für Leistungsempfangende ebenso wie eine dreimonatige Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage.

Link: Hans Böckler Stiftung

Link: Bundesministerium der Finanzen

Das sind die Umfragewerte der AfD. (…)

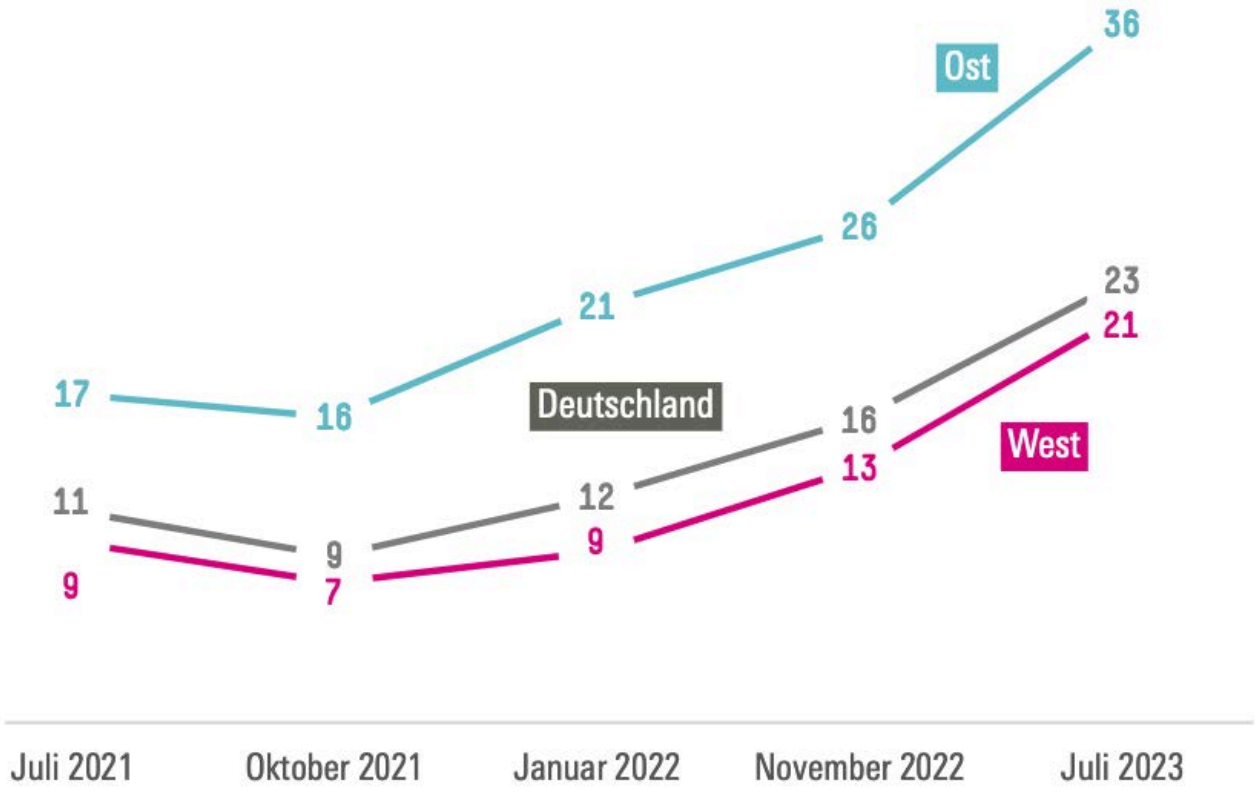


Link: statista

Link: WSI

Nach oben

Anteil AfD-Wahlpräferenz im Zeitverlauf, nach Ost/West
Angaben in Prozent



Rechtsextreme haben immer Zulauf, wenn Staaten in diesen unsicheren Zeiten zu wenig tun.

Link: Politik&Ökonomie

Link: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Nach oben

Wir hätten damals sofort ne Preisbremse machen müssen!! (…) Das ging nicht. Weil der Christian wollte, dass sich Preise frei entfalten. Weil der Christian sagt, dass die Preise am Markt immer die Wahrheit sagen.

Wir haben uns aus ordnungspolitischen Gründen gegen eine einseitige Fokussierung auf Industrie und den Eingriff in die Preisbildung sowie die Aufweichung der Schuldenbremse stark gemacht.

...

Ein sogenannter Industriestrompreis hätte den Haushalt belastet und den Wettbewerb verzerrt, ohne die Strompreise langfristig zu senken.

Link: FDP

Zweitens wäre eine dauerhafte staatliche Energiekostenhilfe auch ökonomisch ineffizient: Es käme zu einer unnötigen Zersplitterung des Strommarktes. Hohe Preise sind immer ein Zeichen von Knappheit. Aber gerade dieses Signal würde bei einem langfristig festgelegten Industriestrompreis nicht mehr ankommen. Die betroffenen Betriebe hätten beispielsweise über zehn Jahre keine Anreize, auf Preise zu reagieren und stromintensive Prozesse zum Beispiel dann einzutakten, wenn Strom gut verfügbar und günstig ist. Wettbewerb und ökonomisches Verhalten würden damit ausgebremst.

Ein Industriestrompreis würde somit den freien Markt persiflieren. Unternehmen könnten so lange Strom verbrauchen, wie sie die vom Staat festgelegten Preise bezahlen – unabhängig von den Folgen für das Stromsystem als Ganzes. Gewöhnungseffekte wären die Folge – und die sind bekanntlich Gift für jede Art von Transformation.

Link: FDP

Wir ham nen Kompromiss gefunden: Olaf hat da im Herbst ne Expertenkommission eingesetzt, die eine Preisbremse ausarbeiten sollte. (…)

Scholz: Expertenkommission für Wärme und Gas soll im Oktober Vorschläge machen 15. September 2022

Link: STERN

Nach oben

Wir haben Experten genommen, die keine Preisbremse wollten.

Link: Mltglieder der ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme

Siehe Tom Krebs, Fehldiagnose. Wie Ökonomen die Wirtschaft ruinieren und die Gesellschaft spalten. Westend Verlag, 2024, S. 61, 224

Christian Bayer, Lion Hirth, Matthias Kalkuhl, Karen Pittel

Zum Vergleich der Positionen siehe hier exemplarisch:

Christian Bayer

Link: blog politische ökonomie

Link: UNIVERSITÄT BONN

Lion Hirth

Link: Hertie School

Ich mein, wir haben die Preise nur für die Verbraucher gebremst und leider nicht für die Industrie.

Tom Krebs, Fehldiagnose. Wie Ökonomen die Wirtschaft ruinieren und die Gesellschaft spalten. Westend Verlag 2024, Kapitel 4

Link: Die Bundesregierung

Link: Augsburger Allgemeine

Ich hätte ja gern ein ganz neues Strompreiskonzept eingeführt, wo nicht mehr der teure Gaspreis den Strompreis bestimmt.

BMWK Papier Stommarktdesign der Zukunft?

Link: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Link: Merkur

Nach oben

„Eine Strompreisbremse wäre ökonomisch falsch, fiskalisch unsolide und würde falsche Anreize setzen. Ein schuldenfinanziertes Strohfeuer.“

Link: FAZ

Link: EURACTIV

Wir haben die Krise für beendet erklärt. Wir haben gesagt: „Nach Mehrausgaben kehrt Deutschland nun Schritt für Schritt zur "fiskalpolitischen Normalität" zurück.“

Link: SPIEGEL

Link: tagesschau

Das *(viel Geld für Krisenbekämpfung ausgeben)* **hätte dem Christian nicht gefallen. Der wollte wieder eine „Normalisierung der Finanzpolitik“.**

Berlin, 05. Mai (Reuters) – Bundesfinanzminister Christian Lindner plant 2023 trotz sich eintrübender Konjunkturperspektiven fest mit einer Normalisierung der Staatsfinanzen. „Wir müssen im nächsten Jahr zur Schuldenbremse zurückkehren. Denn wir haben bereits Inflation“, sagte der FDP-Vorsitzende am Donnerstag bei einer Veranstaltung der Familienunternehmer in Hannover. Die Schuldenbremse sei ein Gebot der Verfassung, ein Befehl sozusagen. Im nächsten Jahr würden unter anderem keine Sonderlasten für Corona-Bürgertests und Covid-Impfungen mehr anfallen. Die Neuverschuldung müsste aber auch radikal gedrückt werden.

Link: FinanzNachrichten

Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 setzt bereits den Pfad der finanzpolitischen Normalisierung gegenüber den Krisenjahren fort...

Link: Bundesministerium der Finanzen

Link: Bundesministerium der Finanzen

Nach oben

Die Reallöhne waren um über vier Prozent gesunken, so stark wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. (…) Weil die Preise explodiert sind.

Die Tariferhöhungen werden den Preissteigerungen bei weitem nicht gerecht: Die Reallöhne schrumpften um 4,7 Prozent, wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung mitteilte. Das sei ein in der Bundesrepublik historisch hoher Wert.

Link: Verdi

Siehe auch Tom Krebs, Fehldiagnose. Wie Ökonomen die Wirtschaft ruinieren und die Gesellschaft spalten, Westend Verlag 2024, S. 9, 24

Um die gestiegenen Kosten auszugleichen, hätten Sie den Mindestlohn auf 15 Euro anheben müssen.

Siehe dazu Tom Krebs, Fehldiagnose. Wie Ökonomen die Wirtschaft ruinieren und die Gesellschaft spalten, Westend Verlag 2024, Kapitel 9.1 Die Mindestlohnkommission ignoriert das Mindestlohngesetz und die Bundesregierung schaut zu, besonders S. 127

Aber dann wurde der Mindestlohn ja nur auf 12 Euro 82 angehoben.

Link: Die Bundesregierung

Das war die Empfehlung der Mindestlohnkommission, die hätten Sie überstimmen können.

§11 Abs 1 des MiLoG? Die Bundesregierung kann die von der Mindestlohnkommission vorgeschlagene Anpassung des Mindestlohns durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates für alle Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbindlich machen.

Link: Bundesministerium der Justiz

[15 Euro] habe ich gefordert. ... Ja, aber erst im Wahlkampf.

Es ist ein klassischer Wahlkampfschlager der Sozialdemokraten: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat für den Fall seiner Wiederwahl angekündigt, den Mindestlohn im Jahr 2026 auf 15 Euro zu erhöhen. »Wer das will, der muss im Februar sein Kreuz bei der SPD machen«, sagte Scholz bei einer Konferenz zum Wahlkampfauftakt der SPD.

Link: SPIEGEL

Link: tagesschau

Ich hab einen Doppelwumms gemacht! (...) Naja, der Doppelwumms war ja kleiner als der einfache Corona-Wumms.

Kanzler Scholz bezeichnete die geplante staatliche Stützung der Energieversorgung und die vorgesehenen Preisbremsen als „Doppel-Wumms“. Er erinnerte an seinen Ausspruch zu zurückliegenden staatlichen Hilfen in der Corona-Krise, dass es darum gehe, mit „Wumms“ aus der Krise zu kommen. „Man kann sagen, das ist hier ein Doppel-Wumms“, sagte Scholz. Es gehe darum, zügig und für alle schnell feststellbar, die Preise für die Energie zu senken.

Link: SPD

Preisbremsen "günstiger" als gedacht

Auch zeigte sich schon bald nach dem Öffnen des Weihnachtspakets von 2022, dass der Bund besser wegkommt als gedacht. Die Energiepreise stiegen nicht so wie befürchtet und von dagegen einsetzbaren 83,3 Milliarden Euro waren nach Zahlen aus dem Wirtschaftsministerium bis Herbst 2023 "nur" 31,2 Milliarden nötig. Einer Verlängerung bis Ende März 2024 hätte weitere rund 14 Milliarden Euro kosten können. Dazu aber kam es nicht mehr.

Link: mdr

Ein Vergleich der Hilfspakete für die Energiekrise mit den entsprechenden Paketen für die Coronakrise verdeutlicht einen wesentlichen Unterschied: Das Finanzvolumen der Hilfsmaßnahmen in der Energiekrise war erheblich kleiner als in der Coronakrise. ...

Während der Staat für Hilfsmaßnahmen in der Coronapandemie rund 200 Milliarden Euro in den zwei Jahren 2020 und 2021 ausgab, wurden zur Bekämpfung der Folgen der Energiekrise in den beiden Jahren 2022 und 2023 nur rund 100 Milliarden zusätzlich ausgegeben. Der “Doppelwumms” mit dem dritten Entlastungspaket wurde zwar ursprünglich mit einem Volumen bis zu 200 Milliarden Euro angekündigt, doch von den zur Verfügung stehenden Mitteln wurde letztlich weniger als die Hälfte verwendet.

Siehe Tom Krebs, Fehldiagnose. Wie Ökonomien die Wirtschaft ruinieren und die Gesellschaft spalten, Westend Verlag 2024, S. 36-37.

Nach oben

„Merkels Signierstunde“

Sie haben erst das Land verrotten lassen und ihm dann auch noch ne Schuldenbremse verpasst, so dass man es jetzt nicht mehr reparieren kann.

Angela Merkel gemeinsam mit Wolfgang Schäuble:

Link: monitor

Impressum

Zweites Deutsches Fernsehen
Anstalt des öffentlichen Rechts

ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Postanschrift:
Zweites Deutsches Fernsehen
55100 Mainz
Tel.: 06131/70-0
Fax: 06131/70-12157
E-Mail: info@zdf.de
Vertretungsberechtigter im Sinne des § 55 Abs. 1 Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien, § 5 Abs. 1 Telemediengesetz:
Intendant
Dr. Norbert Himmler

Nach oben